fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 04 · 26.06.2012

*Inhalt

02 Das Finanzsystem ändern oder die Finanzmärkte regulieren?
03 Editorial
04 SPD-Fraktion stellt zwölf Thesen zum Urheberrecht vor
05 Soziales Mietrecht muss erhalten bleiben
06 SPD legt Maßnahmenkatalog gegen Fachkräftemangel vor

Thema: Europa

07 Europa muss aus der Krise wachsen

Thema: Energie

08 Die Energiewende – jetzt gemeinsam handeln

Thema: Gleichstellung

10 Endlich gleiche Löhne für Frauen
11 Ein absurder Kuh- und Teppichhandel und die Folgen
12 NSU-Untersuchungsausschuss deckt Behördenfehler auf
12 Initiativen gegen Rechts in der Gastwirtschaft stärken
13 Transatlantische Partnerschaft stärken
13 Myanmar auf dem Weg zur Demokratie unterstützen
14 Lebensqualität in ländlichen Räumen erhalten
15 Planspiel der SPD-Fraktion: Jugendliche simulieren Politik
16 Personalie/Veröffentlichungen

Aus politischen und technisch-redaktionellen Gründen erscheint diese Ausgabe der fraktion intern ein wenig später. Dafür bitten wir um Verständnis. Alle Leser/innen sind auch eingeladen unsere neue Website zu erkunden.

www.spdfraktion.de

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT

SPD BUNDESTAGSFRAKTION
www.spdfraktion.de

Das Finanzsystem ändern oder die Finanzmärkte regulieren?

Am 31. Mai fand die vierte Veranstaltung der Reihe „fraktion kontrovers“ statt. Rund 750 Gäste waren gekommen, um die Diskussion von Frank-Walter Steinmeier mit dem amerikanischen Anthropologen David Graeber und dem Philosophen Richard David Precht zu verfolgen und Fragen einzubringen. Thema war die aktuelle Verschuldung von Staaten als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise.

v. l. n. r. David Graeber, Frank-Walter Steinmeier, Richard David Precht.

Graeber hat in seinem Buch „Schulden – die ersten 5000 Jahre“ untersucht, wie und warum Menschen in den letzten 5000 Jahren Schulden gemacht haben. Er kommt zu dem Schluss, dass das Prinzip der Schuld alle gesellschaftlichen Sphären bestimme und dass es höchste Zeit sei, dies zu ändern. In den Medien gilt er als Vordenker der Occupy-Bewegung. Der Philosoph Precht behauptet in seinen Büchern, dass es den meisten Menschen wichtig sei, moralisch gut zu handeln, aber durch bestimmte Rahmenbedingungen würden sie dabei scheitern.

Frank-Walter Steinmeier erinnerte eingangs daran, dass es in ganz Europa vor der Pleite von Lehman Brothers im Jahr 2008 seit zwei Jahrzehnten einen Niedrigstand der Staatsschulden gab. Den Zusammenbruch verschiedener Banken hätten die Staaten – also der Steuerzahler – abgewendet. Danach sei die Finanzkrise zur Staatsschuldenskrise geworden.

Für einen breiten Schuldenerlass und eine demokratische Erneuerung

David Graeber stellte in Frage, dass Schulden immer zurückgezahlt werden müssten. Sie seien die Basis für gewalttätige Herrschaft. In der Geschichte sei es durch große Schuldenlast immer wieder zu Aufständen und Kriegen gekommen. Um dies zu verhindern, habe es in Mesopotamien regelmäßig Schuldenerlasse gegeben. Seit den 1970er Jahren habe es fortwährend Schuldenkrisen gegeben. Doch der Internationale Währungsfonds (IWF) schütze nur die Gläubiger. Es könne nicht sein, dass 1 Prozent der Bevölkerung allein die Entscheidungen treffe. Kredite und Schulden seien ein gesellschaftliches Versprechen, das man unter neuen Bedingungen auch brechen könne, sagte Graeber. Angesichts der Transformation in Nordafrika, im Nahen Osten, in Griechenland und Spanien plädierte er für einen Schuldenerlass und demokratische Erneuerung. Er sprach sich dafür aus, die Finanzmärkte zu besteuern, wenn damit mehr Gerechtigkeit bewirkt werde.

Für Protagonisten der Finanzmärkte zählt nur schneller Erfolg

Precht stellte die Verbindlichkeit, Schulden zurückzahlen zu müssen, nicht grundsätzlich in Frage. Sonst würde niemand mehr etwas verleihen. Doch auch er unterstrich, dass Schulden nicht um jeden Preis zurückgezahlt werden müssten, wie die Entschuldung von Entwicklungsländern zeige. Transformationen würden nicht durch internationale Vereinbarungen funktionieren, sondern sie würden durch Länder ausgelöst, die voranpreschen. Banken seien auch untereinander nicht solidarisch, deshalb komme es immer wieder zu Erschütterungen. So habe jede Staatspleite Gewinner und Verlierer. Precht selbst sei kein Feind des Kreditwesens, aber es gebe Finanzprodukte, die von der Politik verboten werden müssten. Hier müsse der Staat den Markt schützen. Im Sog des Neoliberalismus seien auch in Deutschland Fehler gemacht worden.

Finanztransaktionssteuer jetzt im kleinen Kreis beginnen

Ihm gehe es darum, die Finanzmärkte zu regulieren, sagte Steinmeier. Viele Millionen private Anleger hätten in Deutschland Lebensversicherungen abgeschlossen, auch sie bräuchten funktionierende Finanzmärkte. Die SPD verhandele hart über den Fiskalpakt, um eine Finanztransaktionssteuer durchzusetzen. Dabei gehe es nicht nur um Einnahmen, sondern um Gerechtigkeit. Das würden die Menschen auch von der Politik erwarten. Denn die Ausfallkosten für die Doppelkrise hätten die Steuerzahler zu tragen und die Finanzmärkte hätten als Verursacher keinen Beitrag geleistet. Steinmeier sprach sich dafür aus, mit einer kleineren Gruppe in Europa mit der Einführung der Finanztransaktionssteuer zu starten, wenn es keine größere Lösung in Europa gebe. Außerdem solle mit den G20-Staaten eine internationale Lösung verhandelt werden.

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir können zufrieden auf das erste Halbjahr 2012 zurückblicken. Die Menschen erwarten wieder etwas von uns. In elf Landtagswahlen hintereinander sind wir in den Ländern in Regierungsverantwortung gewählt worden und auch im Bund wird der Abstand in den Umfragen zur Union immer geringer. Rot-Grün ist für 2013 eine realistische Option. Sicher ist, dass Schwarz-Gelb keine Mehrheit mehr haben wird.

Und wie sehr der Kitt in der Koalition bröckelt hat doch erst am Freitag der letzten Sitzungswoche die fehlende Mehrheit der Koalition im Plenum gezeigt. Offenbar waren viele in der Koalition nicht bereit, dem Betreuungsgeld durch ihre Anwesenheit über die Hürde der ersten Lesung zu verhelfen. Das ist gut so, und es lässt ahnen, wie schwach der Zusammenhalt in der Koalition eigentlich ist.

Europa steht vor einem weiteren Krisensommer. Mit Spanien muss jetzt die viertgrößte Volkswirtschaft des Europäischen Währungsraumes Finanzhilfen aus dem Europäischen Rettungsfond in Anspruch nehmen. Auch Italien und Zypern scheinen weiter in eine Abwärtsspirale zu rutschen. Die Risiken, die Deutschland abfedern muss, steigen von Woche zu Woche. In den Verhandlungen mit der Bundesregierung über den Fiskalpakt haben wir in den letzten Monaten und Wochen immer wieder gefordert, dass wir jetzt einen Kurswechsel der Politik brauchen, wenn wir den Euro und die wirtschaftliche Integration Europas retten wollen. Wir haben ganz klare Bedingungen formuliert, um aus dem Fiskalpakt ein sinnvolles Programm zur Bewältigung der Krise zu machen. Nur wenn der Pakt durch Wachstumsprogramme, Investitionsimpulse, den Kampf gegen die immens hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer flankiert wird, kann es eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag geben.

In den Verhandlungen mit der Bundesregierung haben wir bei der Finanztransaktionssteuer einen Durchbruch erreicht. Das ist ein wichtiger Erfolg für die SPD und unsere Überzeugungen. Vor der parlamentarischen Sommerpause wird es uns alle noch einmal viel Kraft kosten. Aber wir sind zuversichtlich, dass wir am Ende ein gutes Ergebnis für die Menschen in Europa haben werden. Denn darum geht es uns.

Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Fraktion stellt zwölf Thesen zum Urheberrecht vor

Der Streit um das Urheberrecht hat sich zu einem der zentralen Konflikte der digitalen Gesellschaft entwickelt. Unterschiedliche Interessen von Urhebern, Verwertern, Nutzern und Konsumenten stehen sich häufig scheinbar unversöhnlich gegenüber. Keine Partei oder politische Gruppierung hat bisher eine Antwort auf diesen Konflikt entwickelt, die über Schlagworte und vermeintlich einfache Lösungen hinaus geht. Die SPD-Bundestagsfraktion gibt nun Antworten in Form von zwölf Thesen.

Vorstellung des Positionspapiers: v. l. n. r. Burkhard Lischka, Brigitte Zypries, Siegmund Ehrmann, Lars Klingbeil.

Das Ziel ist eine ehrliche Debatte über die Zukunft des Urheberrechts. Die Sozialdemokraten setzen sich für eine Modernisierung des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft ein, das Kreative und Urheber stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Es muss einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern geben – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Die Weiterentwicklung des Urheberrechts kann nur im Dialog und nicht gegeneinander gelingen.

Burkhard Lischka (rechtspolitischer Sprecher), Brigitte Zypries (Justiziarin und stellv. Sprecherin der AG Kultur und Medien), Siegmund Ehrmann (Sprecher der AG Kultur und Medien) und Lars Klingbeil (netzpolitischer Sprecher) stellten in Berlin die Thesen vor.

Burkhard Lischka sagte: „Die Bundesregierung hat entgegen ihrer Ankündigungen bislang nichts unternommen, um das Urheberrecht zu novellieren“. Auch die Piratenpartei habe bis dato wenig Lösungsvorschläge zu bieten. Die SPD-Fraktion habe dagegen schon vor zwei Jahren den Arbeitskreis Urheberrecht gegründet, um fachübergreifend Vorschläge zur Modernisierung zu machen. Lischka: „Ziel muss sein, die Künstler und Kreativen angemessen zu vergüten.“

SPD lehnt Kulturflatrate als Pauschale ab

Brigitte Zypries nahm Stellung zu der so genannten Kulturflatrate. Sie stellte klar, dass eine solche Pauschale nicht einfach so umzusetzen sei. „Es müsste ja ersteinmal sichergestellt sein, dass alle Menschen, die dann solch eine Pauschale bezahlen, auch angemessenen Zugang zum Netz haben.“ Außerdem würde eine solche Flatrate die Urheber quasi enteignen, da die Künstler keinen Einfluss mehr darauf hätten, was wann wo von ihren Werken publiziert würde. Und schließlich, so Zypries, sei die Frage, wie das international funktionieren soll, wenn eine nationale Flatrate auf international tätige Urheber trifft – und das Netz ja schließlich auch international ist.

Siegmund Ehrmann ergänzte, dass es der SPD-Bundestagsfraktion vor allem darum gehe, die Positionen der Urheber zu stärken und ihnen das Recht auf eine angemessene Vergütung zu geben, das ihnen zusteht. Das Urheberrecht ermögliche für die Kulturschaffenden und Kreativen Einkommen, was angesichts ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage von enormer Bedeutung sei. Denn laut Künstlersozialkasse verdiene ein Künstler im Jahr nur rund 13.000 Euro.

Vergüten statt verbieten

Lars Klingbeil verwies darauf, dass die SPD-Fraktion eine gemeinsame Linie vertrete, in der es Konsens sei, eine unverhältnismäßige Rechtsdurchsetzung auszuschließen. Der Nutzer dürfe nicht über die Maßen bestraft werden. Klingbeil: „Der Internetanschluss ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht einfach gekappt werden“. Vielmehr müsse etwa das Notice-and-Take-Down-Verfahren schneller und effektiver gestaltet werden. Das bedeutet, dass die Seitenanbieter schneller informiert und in die Pflicht genommen werden könnten bei illegalen Inhalten. Klingbeil: „Das Motto ist vergüten statt verbieten“.

Die SPD-Bundestagsfraktion will nun mit der digitalen Gesellschaft in einen Dialog treten, um über ihre zwölf Thesen zu diskutieren.

Die vollständigen Thesen sind auf www.spdfraktion.de/themen/kultur

Soziales Mietrecht muss erhalten bleiben

Mit breitem gesellschaftlichem Konsens wurde im Jahr 2001 das soziale Mietrecht modernisiert und an die tatsächlichen Lebensverhältnisse angepasst. Es wurde dadurch einfacher, übersichtlicher und gerechter. Die Wohnung ist Mittelpunkt des sozialen Lebens und der privaten Existenz. Nun plant die Bundesregierung einen Angriff auf das bestehende Mietrecht zulasten der Mieter.

Dazu gehört: der Minderungsausschluss von drei Monaten bei energetischer Modernisierung, die fristlose Kündigung bei Zahlungsverzug der Mietkaution durch den Vermieter und die Vereinfachung der Räumung der Mietsache durch den Vermieter. Diesen Maßnahmen muss im Interesse sämtlicher Mieter entgegengetreten werden. In ihrem Antrag „Soziales Mietrecht erhalten und klimagerecht verbessern" widmet sich die SPD-Fraktion folgenden Komplexen:

Energetische Gebäudesanierung:
Das Konzept der energetischen Gebäudesanierung muss gefördert werden, um die energiepolitischen Ziele zu erreichen. Dabei müssen die Interessen aller Beteiligten austariert werden. Die Modernisierungsmaßnahmen dürfen nicht zu einer Mieten-Explosion führen. Ein dreimonatiger Ausschluss der Mietminderung ist abzulehnen, das Mietminderungsrecht in seiner bestehenden Form beizubehalten.

Contracting:
Die Förderung des Contractings birgt die Gefahr, dass Mehrkosten für die Mieter entstehen. Beim Contracting überträgt der Vermieter den Betrieb z. B. einer Heizungsanlage seines vermieteten Hauses auf einen Dritten. sicherzustellen, dass die Contractingunternehmen nicht zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Kosten für den Arbeits- und Betriebsaufwand außer erhöhten Kosten für den Energiebezug anheben können. Contracting darf lediglich bei einer Steigerung der Energieeffizienz und realer Brennstoffeinsparung zugelassen werden.

Mietnomadentum:
Als Mietnomaden werden Personen bezeichnet, die mit der Absicht in eine Mietwohnung einziehen, die entsprechende Miete nicht zu entrichten. Das Phänomen Mietnomaden spielt jedoch in der professionellen Wohnungswirtschaft kaum eine Rolle, da nach bisherigem Stand ordnungsgemäße Bonitätsauskünfte eingeholt werden können.

Dennoch sieht der Regierungsplan die Möglichkeit einer fristlosen Kündigung ohne vorherige Abmahnung bei Zahlungsverzug der Mietkaution vor. Die Kaution ist im Gegensatz zur Mietzahlung keine Hauptleistungspflicht aus dem Mietvertrag und damit nicht vertragsprägend. Dem Vermieter kann daher zugemutet werden, diese Forderung gerichtlich durchzusetzen.

Mietsteigerungen:
Insbesondere in Städten steigen die Mieten innerhalb kürzester Zeit rapide an. Viele Mieter sind gezwungen, den oftmals langjährig bewohnten Stadtteil zu verlassen und in günstigere Bezirke, häufig Randbezirke, umzuziehen. Das muss gestoppt werden. Eine Doppelbelastung unterschiedlicher Maßnahmen wie energetischer Modernisierung und Mieterhöhung gilt es zu vermeiden.

Der Eigentümer darf derzeit die Wohnmiete innerhalb von drei Jahren um 20 Prozent erhöhen. Um einer solchen Kostenzunahme entgegen zu treten, muss eine Reduzierung der Mieterhöhung auf 15 Prozent in vier Jahren erfolgen. Andererseits müssen die Mieterhöhungen bei Wiedervermietung auf einen dem Wohngebiet genügenden Wert gedeckelt werden.

Soziale Wohnraumförderung:
Die soziale Wohnraumförderung ermöglicht Menschen mit niedrigem Einkommen, Familien mit Kindern, Alleinerziehenden, Arbeitslosen, Sozialhilfeberechtigten und Menschen mit geringem Einkommen bezahlbares Wohnen. Sie wird auf der Länderebene geregelt. Der Bund leistet dabei Kompensationszahlungen. Die SPD- Fraktion fordert die Bundesregierung auf, den Bedarf der sozialen Wohnraumförderung bis 2019 anzuerkennen und die Kompensationsmittel zu verstetigen. Der altersgerechte und barrierefreie Umbau von Wohnraum soll begleitet und sozialen Härten entgegen gewirkt werden.

SPD legt Maßnahmenkatalog gegen Fachkräftemangel vor

Den wachsenden Bedarf an Fachkräften zu sichern, wird zur zentralen ökonomischen und sozialen Frage des nächsten Jahrzehnts. Die schwarz-gelbe Bundesregierung unterschätzt die Bedeutung dieses Themas. Dabei liegen die Antworten auf der Hand: Investitionen in Bildungschancen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Weiterbildung und mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Der demografische Wandel in Deutschland führt dazu, dass die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter sinkt. Diese Entwicklung kann in den nächsten Jahren zu einem empfindlichen Mangel an Fachkräften führen – und zwar paradoxerweise trotz weiterhin hoher Langzeitarbeitslosigkeit.

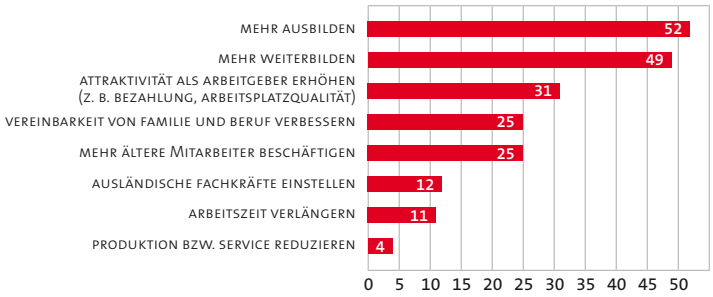
Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Diese Entwicklung ist nicht alternativlos. Unsere Gesellschaft hat viele Potenziale. Aber sie müssen gehoben werden – durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik, Arbeitsvermittlung, Wirtschaft und Gewerkschaften. Die Maßnahmen, die dafür notwendig sind, haben die Sozialdemokraten jetzt in einem Fachkräftesicherungskonzept zusammengefasst und in einem Antrag dem Bundestag vorgelegt.

Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung – oder qualifizierte Fachkräfte

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hubertus Heil sagte: „Entweder wir lassen zu, dass sich der Arbeitsmarkt immer mehr spaltet – auf der einen Seite viele Unternehmen, die händeringend nach qualifizierten Fachkräften suchen, auf der anderen Seite viele Menschen, die in dauerhafter Langzeitarbeitslosigkeit oder prekärer Beschäftigung abgehängt sind.“ Oder aber, so Heil, „unsere Gesellschaft begreift den demografischen Wandel als Chance dafür, sozialen Aufstieg wieder möglich zu machen und alle Menschen in gute Arbeit und Vollbeschäftigung zu bringen.“

Wenn Fachkräfte fehlen: Wie Unternehmen reagieren

Von je 100 befragten Unternehmen wollen



Quelle: DIHK, Stand: Herbst 2011, Mehrfachnennungen

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Um dem drohenden Fachkräftemangel vorzubeugen, müssen Jugendliche besser ausgebildet werden, Frauen die Möglichkeit haben, höherwertig und vermehrt in Vollzeit zu arbeiten, Ältere bessere Chancen bekommen und Geringqualifizierte weitergebildet werden. Bis 2025 lassen sich aus diesen Bereichen bis zu 5,2 Millionen zusätzliche Fachkräfte mobilisieren.

Investitionen in Bildungs- und Erwerbschancen statt Fernhalteprämie

Um dies tatsächlich zu erreichen, ist politisches Handeln gefragt: In ihrem Fachkräftesicherungskonzept fassen die Sozialdemokraten konkrete Handlungsansätze in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Familien- und Gleichstellungspolitik sowie Zuwanderung zusammen.

Mehr ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote: Investitionen in Kitas und Ganztagschulen schaffen doppelte Chancen: für den Bildungserfolg von Kindern genauso wie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern und damit auch für die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben.

Die Bundesregierung kürzt nicht nur die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Förderung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen, sondern verschleudert Milliarden für ein unsinniges Betreuungsgeld. Statt in die Bildungsinfrastruktur zu investieren, gibt die Koalition Geld dafür aus, Kinder von frühkindlicher Bildung und Frauen vom Beruf fernzuhalten. Schwarz-Gelb vertieft die Spaltung am Arbeitsmarkt, statt einen Beitrag zur Überwindung dieser Spaltung und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs zu leisten.

Es sind die zentralen Fragen unserer Zeit, die sich im Thema Fachkräfte bündeln, sagte Hubertus Heil Ob wir wirtschaftlich erfolgreich bleiben, ob wir Vollbeschäftigung erreichen, ob gleiche Bildungschancen möglich sind, ob Gleichstellung verwirklicht wird, ob wir eine weltoffene Gesellschaft bleiben – „all diese Fragen bündeln sich beim Thema Fachkräftemangel wie in einem Brennglas“.

Europa muss aus der Krise wachsen

Die heiße Phase um die Ratifizierung des Fiskalpakts hat begonnen. Eine Zustimmung der SPD wird es nur geben, wenn das bisherige Sparprogramm um eine Wachstumsstrategie ergänzt wird. Denn nur so hat Sparen wirklich Sinn.

Das Gegenteil von intelligentem Sparen erleben wir heute. Eine unheilvolle Mischung aus ständig erneuerten Kredithilfen und einseitigen Spardiktaten haben die Krisenländer immer weiter in die Krise getrieben. Investitionen brechen ein, die industrielle Produktion schrumpft, und die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den Jugendlichen, erreicht immer neue Höchststände. Damit verhindert eine reine Sparpolitik genau das, was sie eigentlich erreichen will, nämlich solide Haushalte.

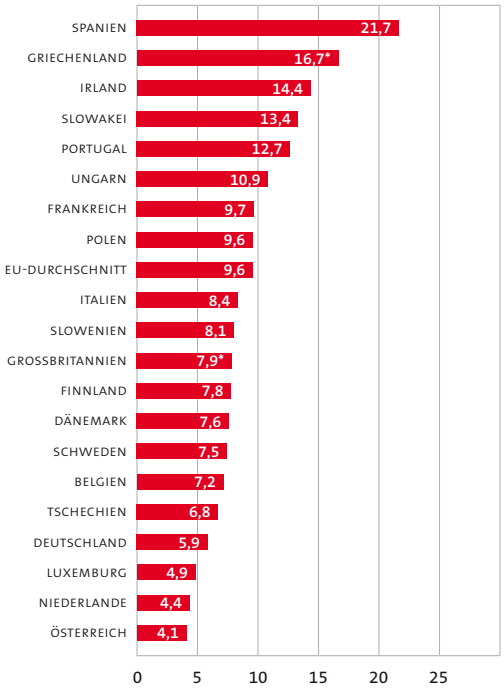
Aus eigener Erfahrung kennen wir hierzulande das Erfolgsrezept für Haushaltskonsolidierung und nachhaltiges Wachstum. Notwendige Haushaltskonsolidierung und schmerzhafte Strukturreformen müssen immer auch durch einen Wachstumsimpuls flankiert werden. Diese Erkenntnis hat die SPD im letzten Jahrzehnt verinnerlicht: In Zeiten der Agenda 2010 wurde sie davon ebenso geleitet als es darum ging, die Finanzkrise 2008/2009 zu überwinden. Stets hatte sie notwendige Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Zukunftsmärkte fest im Blick.

Finanztransaktionssteuer verlangt Mut und Pionierarbeit

Keine Frage: Die grassierende Schuldenkrise gestattet uns nicht, kreditfinanzierte Ausgabenprogramme aus dem Boden zu stampfen. Es gibt aber auch andere Mittel und Wege, um Investitionen zu ermöglichen. Eine Finanzierungsquelle ist in Zeiten von noch immer unzureichend regulierten Finanzmärkten die Finanztransaktionssteuer. Sie sorgt für ein finanzielles Polster für Investitionen in Wachstumsmärkte. Die SPD hat sich stets dafür stark gemacht, dass die Einführung dieser Steuer Mut und Pionierarbeit verlangt. Notfalls müssen nur diejenigen Staaten mit einer solchen Steuer vorangehen, denen die Bändigung der Finanzmärkte wirklich ein politisches Ziel ist – Deutschland muss dazugehören.

Arbeitslosigkeit in der EU

Arbeitslosenquote im Jahr 2011 in Prozent



Quelle: OECD, ausgewählte Länder, *1.–3. Quartal

Das Aufkommen einer Finanztransaktionssteuer sollte in einen „Investitions- und Wiederaufbaufonds“ fließen. In ihm könnten die verbleibenden Mittel der EU-Strukturfonds in Höhe von 80 Milliarden Euro gebündelt und gezielt für Investionen eingesetzt werden. Außerdem gilt es, die Europäische Investitionsbank zu stärken: Mit einer Stammkapitalerhöhung um 10 Milliarden Euro könnte die Europäische Investitionsbank private Investitionen von 80 Milliarden stemmen. Und zuletzt: Mit Projektanleihen könnte privates Kapital für Schlüsselinfrastrukturen wie Energie, Verkehr oder Telekommunikation mobilisiert werden.

Wir brauchen eine „Jugendgarantie“

Im Herzen einer Wachstumsstategie muss aber der Kampf gegen die ausufernde Jugendarbeitslosigkeit stehen. Arbeitslosigkeitsraten von über 50 Prozent in Spanien und Griechenland dürfen im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Europa nicht hingenommen werden. Deshalb muss es eine „Jugendgarantie“ geben, die das Recht auf Aus- oder Weiterbildung nach Erhalt eines schulischen Abschlusszeugnisses einführt. Außerdem sollten die Krisenländer aus EU-Töpfen befristete Lohnkostenzuschüsse erhalten. Unternehmen, die Jugendliche einstellen, sollen für einige Monate eine Unterstützung erhalten.

Unterm Strich kommt es beim Wachstumspakt auf die richtige Mischung von Maßnahmen an. Konjunkturpolitische Impulse können bei intelligenter Regulierung aus dem privaten Raum kommen. Transparente und rechtsstaatliche Verwaltungsstrukturen in den Ländern sind die Voraussetzung sowohl für einen handlungsfähigen Staat wie auch für ein optimales Investitionsklima. Und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit dient nicht nur der Entlastung der öffentlichen Haushalte, sondern stärkt auch den Zusammenhalt Europas.

Die Energiewende – jetzt gemeinsam handeln

Die Energiewende wurde 1998 durch die rot-grüne Bundesregierung eingeleitet. Maßgeblich waren der Atomausstieg und das Gesetz für den Vorrang der Erneuerbaren Energien (EEG). Das EEG hat einen Boom ausgelöst, der alle Erwartungen übertroffen hat. Heute decken die EE-Anlagen im Durchschnitt 21 Prozent des Stromverbrauchs und an manchen Stunden diesen sogar vollständig. Die Energiepolitik beschäftigt sich daher heute mit der Frage, wie man den erfolgreichen Prozess weiterhin so steuern kann, dass die Versorgung jederzeit gesichert ist und die Preise bezahlbar bleiben.

Die öffentliche Debatte ist stark von der Stromversorgung dominiert. Die weitaus größeren Herausforderungen liegen aber in den Bereichen Mobilität und Wärme. Hier ist die Versorgung noch nicht gefährdet – es geht dabei um Einsparung, Effizienz und Brennstoffwechsel und im Wesentlichen um private Investitionen. Im Strombereich hätte jedoch ein Versorgungsausfall (Blackout) dramatische Konsequenzen und es geht dort vornehmlich um Investitionen von gewerblicher und industrieller Seite.

Und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht jemand Zweifel sät, ob das Ganze zu bewältigen und zu finanzieren ist. Die Verunsicherung in der Bevölkerung nimmt zu. „Was machen die da?“ „Wie sollen wir das bezahlen?“

Wenn man jedoch die Aufgabenstellungen nüchtern betrachtet und auch die preisdämpfenden Maßnahmen auflistet, wird es klarer: Wenn wir jetzt handeln und Beschlüsse fassen, die den Prozess der Energiewende gezielt steuern, wird niemand überfordert werden. Heute kann zwar niemand definitiv vorhersagen, dass das Preisgefüge der Energie- zu den Lebenshaltungskosten sich nicht verändern wird. Im Gegenteil: Unser Verhalten, mit Energie umzugehen, wird sich grundlegend verändern. Denn unser Energieverbrauch muss sich in den kommenden 40 Jahren pro Kopf halbieren. Ziel der Politik muss es aber sein, die Energiekosten pro Haushalt in etwa konstant zu halten und möglichst schnell die preisentlastende Wirkung der erneuerbaren Energien in den Markt zu bringen. Die Energiewende ist eine Investition in die Zukunft.

Kernstück der bevorstehenden Aufgaben ist die Anpassung der Erzeugung, des Transports und der Nutzung von Energie an die neuen Bedingungen: Strom aus EE-Anlagen ist zum großen Teil abhängig von Tageszeit und Wetter, Einsparungen und Effizienzsteigerungen setzen neues Know How und Investitionen voraus. Die AG-Energie der SPD-Bundestagsfraktion hat sich in den letzten 8 Monaten mit dieser Aufgabe befasst und ein Grundsatzpapier zur Problematik verfasst.

Wir brauchen eine neue Beteiligungskultur

In vielen Gesprächen wurde deutlich, es gibt kein „weiter so“. Alle Akteure müssen an einen Tisch, um Maßnahmen abzustimmen. Die Politik muss einen Konsens finden – und nicht nur zwischen den Ressorts der jetzigen Regierung, sondern mit allen politischen Kräften. Nur politische Grundsätze, die auch Wahltermine überdauern, schaffen die notwendigen stabilen Investitionsbedingungen. Und wir brauchen eine neue Beteiligungskultur für alle Betroffenen. Transparenz ist das oberste Gebot, denn alles steht und fällt mit der Akzeptanz bei den Menschen.

In den drei großen Bereichen der Energieversorgung – Strom, Wärme und Mobilität – liegen die Probleme jeweils anders: In der Mobilität brauchen wir neue Antriebstechniken, weil das Öl für den Verbrennungsmotor in 40 Jahren nicht mehr zur Verfügung steht. Bei der Wärme müssen wir den Verbrauch drastisch senken, um die zu erwartenden starken Preissteigerungen beim endlichen Öl und Gas zu kompensieren.

Doch auch im Strombereich muss jetzt gehandelt werden. Die Politik hat die Strukturen der Stromerzeugung und Verteilung grundlegend verändert. Sie hat den Strommarkt liberalisiert, die staatlichen Unternehmen in die Privatwirtschaft entlassen, durch die erneuerbaren Energien neue Erzeugungstechnologien erfolgreich an den Start gebracht und nun eine Energiewende bestellt. Diese Wende erfordert erhebliche Investitionen, weil nun dezentrale und teilweise verbrauchsferne Erzeugungsanlagen dominieren und diese neuen Anlagen nicht mehr verbrauchsgesteuert einspeisen. Diese neuen Anlagen sind

aber klimaneutral und sie sind billiger. Sie ersetzen den teuren Import von fossilen Brennstoffen, stoßen keine Luftschadstoffe aus und erzeugen keinen Atommüll, der die nachfolgenden Generationen belasten wird. Am Ende der Wende wird Energie also deutlich weniger kosten als zur Zeit.

Windräder in Oberfranken.

Strom aus dem Norden für Verbrauch im Süden
Große Mengen an Strom werden im Norden durch Windanlagen erzeugt. Die großen Verbrauchszentren liegen aber im Süden. Wenn dieser Strom zu den südlichen Verbrauchszentren kommen soll, müssen neue Übertragungstrassen gebaut werden. Der Süden aber holt auf: Geplante Windanlagen und bereits installierte Photovoltaikanlagen können den Bedarf bald zu einem großen Teil decken. Die jetzt als notwendig erkannten Nord-Süd-Trassen könnten noch in ihrer Abschreibungsphase deutlich an Bedeutung verlieren. Die Perspektive für die Investoren ist daher unklar, obwohl es eine gesetzlich festgeschriebene Rendite gibt. Eine Leitung, über die kein oder ein geringerer als erwarteter Strom fließt, verdient kein Geld, auch wenn es eine gesetzlich garantierte Rendite gibt.

Ohne diese Leitungen aber stoppt die Energiewende, denn bereits jetzt kann der erzeugte Strom aus den neuen großen Zentren oft nicht abfließen, viele Windräder stehen still. Der weitere Zubau im Norden macht erst dann wieder Sinn, wenn es zusätzliche Leitungen gibt. Baut der Süden aber Wind und Solar in diese Lücke, verschlechtern sich die Reinvestitionsbedingungen für die neuen Leitungen.

Ähnlich ist die Problematik bei der konventionellen Erzeugung. Die alten Stinker müssen weg – auch weil sie nicht schnell genug auf witterungsbezogene Erzeugungsänderungen reagieren können. Für neue, schnell reagierende Anlagen ist aber aufgrund des zunehmenden EE-Stroms im Netz keine für die Finanzierung ausreichende Auslastung zu erwarten. Ein Dilemma, für das die Politik die Verantwortung trägt. Nicht für das Problem an sich – das ist ja ausdrücklich so gewollt. Sondern dafür, dass es keine Lösung gibt.

Bundesregierung muss alle Akteure an einen Tisch bringen
Vom Ende her gedacht, wird es bis 2050 eine stabile und kostengünstige Stromversorgung geben, die vollständig CO_2-frei sein wird und bei der sich eine Mischung aus Erzeugung, Speicherung und Einsparung gegenseitig stützen. Bis dahin muss es Brücken geben, die nach den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft zu finanzieren sind. Da letztendlich alles über den Energiepreis bezahlt werden muss, muss die Politik volkswirtschaftliche Orientierungen geben. Nicht nur um verbranntes Geld zu vermeiden. Wir sind viel grundsätzlicher gefordert: um Investitionen in diese Brücken überhaupt möglich zu machen.

Eine Regierung muss handeln, sie muss alle Akteure an einen Tisch bringen, sie muss nach großen politischen Mehrheiten suchen, sie muss einen Masterplan entwerfen, der in sich schlüssig ist und die notwendigen Investitionen frei setzt. Die schwarz-gelbe Regierung versagt bei dieser Aufgabe. Eine Lenkungsfunktion ist nicht zu erkennen. Am schlimmsten: Zunehmend drängen die EE die teuren Kraftwerke aus dem Netz, also stehen Erzeugungskosten Null gegen teure Anlagen. Dieser Effekt spart in 2012 allein bei Photvoltaik insgesamt 5 Milliarden Euro, in zwei Jahren wäre damit der gesamte Netzausbau an Land bezahlt! Gleichzeitig wird aber die EEG-Umlage belastet, weil aufgrund des Überangebots der Börsenpreis sinkt. Die eingesparten 5 Milliarden werden nicht an die Verbraucher weiter gegeben, die EEG-Umlage wird aber erhöht werden. Das darf so nicht sein!

Das Grundsatzpapier ist auf www.spdfraktion.de/themen/energie nachzulesen.

Endlich gleiche Löhne für Frauen durchsetzen

Trotz der gesetzlichen Verankerung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Grundgesetz seit mehr als 60 Jahren, der gesetzlichen Festschreibung der Gleichbehandlung bei der Entlohnung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und in der EU-Charta, ist Deutschland Europameister bei der Lohndiskriminierung von Frauen. Schwarz-Gelb hat nichts als Lippenbekenntnisse für Frauen übrig. Die SPD-Fraktion meint es ernst: Sie hat ihren Entwurf eines Entgeltgleichheitsgesetzes vorgelegt.

Obwohl gleicher Lohn für gleiche Arbeit längst geltendes Recht in Deutschland ist, klafft eine Lohnlücke von 23 Prozent zwischen der Bezahlung von Frauen und Männern. Das wird seit Jahren am Equal-Pay-Day beklagt. Er erinnert daran, dass Frauen erst im März das gleiche Jahresgehalt erreicht haben, das ihre männlichen Kollegen bereits am 31. Dezember auf dem Konto hatten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat als erste Fraktion einen Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz vorgelegt. Danach gilt: Wer Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern herstellen will, kommt an Transparenz nicht vorbei. Deshalb sollen Betriebe ab 15 Beschäftigten verpflichtet werden, ihre Entgeltstrukturen offen zu legen und auf Diskriminierung überprüfen zu lassen. Seit 101 Jahren kämpfen Frauen für das Recht auf gleiche Bezahlung. Diese Forderung wird mit dem Entgeltgleichheitsgesetz der SPD-Fraktion für Frauen in 190.000 Betrieben der Privatwirtschaft und Dienststellen der öffentlichen Verwaltung endlich eingelöst.

CDU/CSU haben für Frauen nichts als Lippenbekenntnisse übrig

Die zugehörige Bundestagsdebatte hat gezeigt, welch Geistes Kind die Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP sind: Sie lehnen den von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurf für Entgeltgleichheit in Betrieben ab. Sie schieben die Ungleichheit in der Entlohnung den Frauen selbst in die Schuhe, weil die in Verhandlungen weniger selbstbewusst aufträten als Männer.

Die SPD-Fraktionsvizin und ASF-Vorsitzende Elke Ferner stellte fest, dass „das Geschrei auf der rechten Seite des Hauses“ immer groß sei, wenn es um die gesetzliche Verankerung der Lohngleichheit von Frauen und Männern gehe. „Frauen schlechter zu bezahlen, ist keine unternehmerische Freiheit.“ Es lohne sich vielmehr finanziell für Unternehmen, Frauen schlechter zu bezahlen. „Nach Estland und Slowakei steht Deutschland an drittletzter Stelle bei der Lohndiskriminierung“, sagte Ferner. Die zuständigen Ministerinnen Schröder und von der Leyen (beide CDU) hätten keine Lösung.

Folgende Maßnahmen sieht das Entgeltgleichheitsgesetz vor:

Alle Betriebe mit mehr als 15 Beschäftigten werden dazu verpflichtet, ihre Entgeltstrukturen zu analysieren und einer anschließenden Prüfung zu unterziehen. Dies obliegt den Betrieben selbst. Der Staat stülpt ihnen kein neues Entgeltsystem über. Die Arbeitgeberseite macht sich gemeinsam mit Vertretern der Arbeitnehmerschaft und einer sachverständigen Person auf den Weg, die Entgeltdiskriminierung zu beseitigen.

Es dürfen nur Lohnmessverfahren angewendet werden, die von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zertifiziert wurden. Die Ergebnisse sollen in anonymisierter Form betriebsöffentlich gemacht werden.

Wird Entgeltdiskriminierung in einem Betrieb festgestellt, muss die Lohnungleichheit innerhalb einer gesetzten Frist beseitigt werden. Betriebsrat bzw.Personalrat sowie die Gleichstellungsbeauftragten sind an dem Verfahren zu beteiligen. Kommen Unternehmen ihrer Verpflichtung nicht nach oder reichen sie die Berichte nicht fristgerecht ein, so werden Bußgelder von bis zu 500.000 Euro fällig. Die soll die Antidiskriminierungsstelle des Bundes verhängen. Der Gesetzentwurf sieht auf Veranlassung auch eine Überprüfung von Tarifverträgen vor.

Ein absurder Kuh- und Teppichhandel und die Folgen

Die Schwarz-gelbe Bananenrepublik

Am 15. Juni hat Schwarz-Gelb keine beschlussfähige Plenumsmehrheit zusammenzubekommen. Das ist nicht nur ein Fehlstart für den neuen Unionsfraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer, sondern die CDU/CSU-FDP-Koalition ist am Ende.

126 Abgeordnete der Koalition – rund 40 Prozent – haben nicht abgestimmt. Das war ein stummer Protest gegen das Betreuungsgeld. „Es ist nicht Aufgabe der Opposition, fehlende Stimmen der Koalition zu ersetzen. Die Anschuldigungen der Koalition sind nichts als plumpe Versuche, die eigene Schwäche zu verschleiern", erklärte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann. Die Beschlussunfähigkeit hat die Koalition sich ganz und gar alleine zuzuschreiben – ein Scheitern mit Ansage.

Die breite Kritik innerhalb der Koalition am Betreuungsgeld war lange bekannt. Nun steht fest: Über das Betreuungsgeld wird erst im Herbst im Plenum debattiert. Denn im Ältestenrat gab es keinen Antrag auf eine Sondersitzung vor der Sommerpause.

Damit wollten Merkel und Co. verhindern, dass das Betreuungsgeld in der Sommerpause weiter im Zentrum der öffentlichen Debatte steht. Das gelingt nicht. Die Menschen wissen, was für einen absurden Kuhhandel Schwarz-Gelb betreibt: Die FDP will das Betreuungsgeld nicht, stimmt aber im Kabinett dafür, weil die Union dafür dem „Pflege-Bahr", der privaten Pflegezusatzversicherung, zustimmt. Das will die FDP durchsetzen. Dabei will die Union dieses sozial ungerechte Klientelgeschenk an die private Versicherungswirtschaft eigentlich nicht. Nur der bayerische Ministerpräsident freut sich: Er bekommt, was er will, und nur er: das Betreuungsgeld!

Bürgerinnen und Bürger gegen das Betreuungsgeld
Das ZDF-Politbarometer vom 15. Juni war deutlich: 71 Prozent der Deutschen lehnen das Betreuungsgeld ab. Selbst die Anhänger der Union sind mit 64 Prozent dagegen. 2 Milliarden Euro werden verpulvert, weil so eine Wahlfreiheit für Eltern geschaffen werden soll. Doch die gibt es nicht. Der auf SPD-Initiative 2008 beschlossene Rechtsanspruch auf einen Krippen-Platz tritt zwar im August 2013 in Kraft, aber 200.000 Betreuungsplätze fehlen. Für die 2 Milliarden könnten allein 166.000 zusätzliche Krippenplätze entstehen. Das zeigt, was für ein Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb ist: das Geld kommt nicht in der frühkindlichen Bildung für alle Kinder an und die Kommunen werden allein gelassen.

Die private Pflegezusatzversicherung ist auch so ein Kabinettstückchen: Die Sozialpolitiker der Union reiben sich die Augen, aber die FDP braucht Genugtuung. Steht ja auch im Koalitionsvertrag. Die Kritik daran hagelt wie beim Betreuungsgeld: Selbst die damit bediente private Versicherungswirtschaft ist unzufrieden – zu wenig Profit? Schätzungen der Sozialverbände gehen von Prämien in Höhe von bis zu 80 Euro pro Monat aus, oder sogar noch höher. Prämien, die allein Beschäftigte treffen, die Arbeitgeber bleiben – treu nach schwarz-gelbem Prinzip – außen vor. Und 5 Euro staatlichen Zuschuss soll es monantlich dafür geben. Wie viele Currywürste kann eine Familie sich nach der Rechnung von Guido Westerwelle dafür holen?

Aber damit nicht genug: Die SPD-Bundestagsfraktion hatte eine Aktuelle Stunde zur Teppich-Affäre von Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) auf die Tagesordnung gesetzt. Peinlich, was der Minister geboten hatte: ein unverzollter Teppich, der vielleicht durch Kinderarbeit oder unterbezahlte Arbeit von Frauen geknüpft wurde. Und mit dem „Bundesnachsendedienst" BND, so Oppermann, verschickt wurde. Der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sascha Raabe, forderte den Rücktritt von Niebel, der das Amt von seiner SPD-Vorgängerin, Heidemarie Wiecorek-Zeul, beschädigt und es FDP-gerecht zu einem „Außenhandelsministerium" umbaut.

Mehr gibt es hier: www.spdfraktion.de/themen/schwarz-gelb

NSU-Untersuchungsausschuss deckt Behördenfehler auf

Mehr als zehn Jahre lang haben fünf Staatsanwaltschaften und sechs Polizeibehörden vergeblich versucht, die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle aufzuklären. Der NSU-Untersuchungsausschuss geht der Frage nach, warum die Behörden den untergetauchten Neonazis nicht auf die Spur kamen.

Seit April wurden bereits mehr als 300 Aktenordner gesichtet und Zeugen aus den beteiligten Bundes- und Landesbehörden vernommen. Inzwischen steht fest, dass die Ermittlungen durch Kompetenzgerangel, unzureichende Koordinierung und Eitelkeiten der Behörden geprägt waren. Bereits im Jahr 2006 hatte das BKA die Defizite der Ermittlungsarbeit gegenüber dem Bundesinnenministerium scharf kritisiert. Leider verpuffte diese Kritik, und es blieb bei der zersplitterten Behördenzuständigkeit. Der damalige Bundesinnenminister Schäuble hätte dem Antrag seines BKA folgen und seine zentrale Zuständigkeit anordnen müssen, um koordinierte Ermittlungen zu gewährleisten.

Bayerische Behörden blockierten sich gegenseitig
Außerdem wurde im Ausschuss deutlich, dass Staatsanwaltschaft und Polizei mit großem Engagement und mit viel Aufwand von Anfang an in Richtung organisierter Kriminalität und im Opferumfeld ermittelten, die Suche nach Tätern mit rechtsextremem Hintergrund jedoch unzureichend erfolgte.

Gerade der bayerische Verfassungsschutz versagte hier. Die bayerischen Behörden blockierten sich damals gegenseitig und schieben sich heute die Schuld zu.
Umso unerträglicher ist es, dass weder die damals zuständigen Behördenvertreter noch der damals zuständige bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) im Ausschuss bereit waren, die offenkundigen Fehler und Versäumnisse anzuerkennen und hierfür – auch mit Blick auf die Opfer und ihre Angehörigen – zumindest die politische Verantwortung zu übernehmen.

Initiativen gegen Rechts in der Gastwirtschaft stärken

Nicht selten werden Gastwirte überrascht, dass rechtsextreme Gäste ihre Lokalitäten anmieten und für ihre Zwecke missbrauchen. Immer mehr Gastwirte in ganz Deutschland wehren sich gegen Rechtsextremisten in ihren Räumlichkeiten, sind aber oftmals überfordert. Im Kampf gegen Rechts brauchen sie daher mehr Unterstützung. So fordert es die SPD in einem Antrag.

Immer wieder kommt es in Gastwirtschaften in Deutschland zu Übergriffen von Neonazis auf Gäste oder Personal. Immer mehr Gastwirte schließen sich daher zusammen und verwehren unter dem Motto „keine Bedienung für Neonazis“ Rechtsextremisten und rechten Gruppierungen Zutritt zu ihren Räumlichkeiten.

Überforderte Gastwirte nicht alleine lassen
Hinzu kommt: Rechtsextremisten oder rechtsextremistische Gruppierungen mieten Veranstaltungsorte und Räumlichkeiten für die Verbreitung ihrer Ideologie oder Rekrutierung neuer Anhänger. Nicht selten unter falschen Angaben: So werden nur auf den ersten Blick harmlose private Geburtstagsfeiern, Sommer- oder Weihnachtsfeste angemeldet. Es herrschen Unkenntnis und Unwissenheit darüber, wie man rechte Veranstaltungen in den eigenen Räumen, abseits der Anwendung des eigenen Hausrechts, verhindern kann. Einzelne Initiativen der betroffenen Branche haben bereits Ratgeber veröffentlicht – sie brauchen aber noch mehr Unterstützung im Kampf gegen Rechts.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Antrag „Mehr Unterstützung für Initiativen gegen Rechts in der Gastwirtschaft“ die Bundesregierung auf, solche Initiativen von Gastwirten gegen Rechtsextremismus bekannt zu machen und sie besser zu unterstützen. Sie sollen dafür im Rahmen der Bundesprogramme „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ verstärkt gefördert werden. Die SPD-Fraktion fordert, dass an einem runden Tisch weitere Handlungsschritte mit Vertretern des Bundes, der Länder und Kommunen, der Gewerkschaften, der Branchenverbände und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie betroffenen Gastwirten erörtert werden.

Transatlantische Partnerschaft stärken

Die transatlantische Zusammenarbeit war und ist sowohl für Europa als auch für Nordamerika von existenzieller Bedeutung. Amerikaner und auch Kanadier haben in den Jahren nach 1945 mit umfassenden Mitteln beim Wiederaufbau des verwüsteten Kontinents geholfen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind noch immer die Führungsmacht der NATO. Ihre militärische Präsenz in Europa hat sich jedoch verändert:
Die euopäischen NATO-Länder sollen mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen, denn die USA orientieren sich stärker auf die Krisenregion Mittlerer Osten, auf Zentralasien und den pazifischen Raum.

Das kann dazu führen, dass die NATO an Bedeutung verliert. Umso wichtiger ist es, die politischen und fairen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den atlantischen Partnern in besonderer Weise zu pflegen. Das fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag „Für eine Neubelebung und Stärkung der transatlantischen Beziehungen“

Die Bundesregierung soll demnach

- zusammen mit den europäischen Partnern einen neuen und kraftvollen Impuls für eine notwendige Stärkung der transatlantischen Partnerschaft insbesondere im politischen und wirtschaftlichen Bereich entwickeln;
- zusammen mit den europäischen Partnern und den USA Impulse zur Gestaltung der gesamteuropäischen Sicherheit entwickeln;
- insbesondere eine neue Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle voranbringen, um der atomwaffenfreien Welt Schritt für Schritt näher zu kommen;
- Insgesamt sind in Politik und Wirtschaft neue Impulse vonnöten, ebenso wie bei Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle. Eine transatlantische Freihandelszone sollte erörtert werden. Die politische Zusammenarbeit – auch mit Blick auf die Umbrüche in der arabischen Welt – muss auf allen Ebenen intensiviert werden.

Myanmar auf dem Weg zur Demokratie unterstützen

Die neue Regierung Myanmars hat viele Reformen eingeleitet und die Hoffnung geweckt, dass die Militärdiktatur in dem südostasiatischen Land überwunden werden kann. Der begonnene Reformprozess wird von der internationalen Gemeinschaft unterstützt und nährt in starkem Maße einen noch fragilen Demokratisierungsprozess.

Deutschland und Europa sollten alle Schritte unterstützen, die die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen für die Menschen in Myanmar spürbar und nachhaltig verbessern. Die nachhaltige Verbesserung der Menschenrechtslage, die Stärkung der Frauenrechte und Fortschritte bei der Geschlechtergleichstellung müssen dabei wesentliche Ziele sein. Hier sind trotz des beeindruckenden Tempos noch viele Schritte notwendig.

Eine große Herausforderung im Reformprozess sind die andauernden ethnischen Konflikte. Entscheidend ist, dass die neue Regierung in den ethnischen Widerstandsgruppen nicht nur ausschließlich ein Sicherheitsproblem sieht, sondern bereit ist, die tieferliegenden Ursachen der Konflikte anzugehen.

In ihrem Antrag „Myanmar auf dem Weg zur Demokratie begleiten und unterstützen“ fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den EU-Partern die Regierung, Verwaltung und Zivilgesellschaft Myanmars finanziell zu unterstützen. Dabei sollen vor allem auch die politischen Stiftungen helfen. Die Bundesregierung soll mithelfen, ethnische und regionale Konflikte zu lösen und die Entfaltungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft zu erhöhen. Außerdem soll sie die Weiterentwicklung der Verfassung fördern und helfen, die Sperrminorität des Militärs, die darin verankert ist, zu beseitigen.

Lebensqualität in ländlichen Räumen erhalten

Die SPD-Bundestagsfraktion hat kürzlich ihr Positionspapier „Gutes Leben, Gute Innovationen, Gute Arbeit. Eine effektive und effiziente Politik für ländliche Räume" beschlossen. Federführend war der zuständige Berichterstatter Willi Brase (NRW).

Sozialdemokratische Politik für ländliche Räume heißt, in die Menschen zu investieren. Attraktive Lebensbedingungen, Innovationen und gute Arbeit sind Voraussetzung für eine zukunftsorientierte Entwicklung ländlicher Räume. Die Menschen vor Ort wissen genau, was für ihre Region gut ist. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sie dabei unterstützen. Und zwar mit einer integrierten und integrierenden Politik für ländliche Räume, die auf Engagement und Kooperation mit allen Akteuren in ländlichen Räumen setzt.

Regionale Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze sichern und ausbauen

Für die SPD steht die Stärkung der regionalen Wirtschaft im Mittelpunkt. Das heißt: Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den ländlichen Räumen erhalten und ausbauen kleine und mittlere Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stärken. Vor allem auch in die Qualifikation der Menschen investieren, einen effizienten Wissenstransfer organisieren und die Informations- und Kommunikationsstruktur ausbauen. Die Wirtschaftskraft in ländlichen Räumen gilt es zu halten sowie die Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsbeteiligten, Stadt, Land und den Regionen zu fördern und zu unterstützen.

Regionale Vielfalt fördern – öffentliche Daseinsvorsorge sichern

Für die Fraktion ist Lebensqualität nicht nur gute und gut bezahlte Arbeit. Das heißt auch: Wertschätzung und Anerkennung regionaler Besonderheiten, kulturelle Vielfalt, attraktive und vielfältige Landschaften. Ebenso will die SPD in ländlichen Regionen den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen sichern und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dazu müssen die Ideen und Potentiale der Menschen vor Ort Eingang finden in die Gestaltung der notwendigen Finanzierungsprogramme. Dafür will die SPD-Bundestagsfraktion Regionalfonds einrichten.

Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft fördern

Eine multifunktionale Landwirtschaft und eine nachhaltige Forstwirtschaft tragen wesentlich zu attraktiven Natur- und Kulturlandschaften bei. Deshalb soll die nachhaltige Land- und Forstwirtschaft unterstützt werden. Dabei gilt die Regel: öffentliche Leistungen für öffentliche Güter. Es geht um den Klimaschutz, die Erhaltung der biologischen Vielfalt und der Bodenfruchtbarkeit und -vielfalt sowie den Landschafts-, Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz.

Bestehende Förderprogramme besser nutzen

Damit die Vielfalt der ländlichen Räume erhalten bleibt, müssen die Förderprogramme so gestaltet werden, dass sie Spielräume für die regionalen Besonderheiten eröffnen. Auf der Ebene von Bund und Ländern müssen die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) in Zukunft so ausgerichtet werden, dass das gesamte Spektrum der europäischen Fördermöglichkeiten national gegenfinanziert werden kann, Doppelförderungen ausgeschlossen sind und beide Gemeinschaftsaufgaben zu einem wirksamen Instrument des Bundes für die Entwicklung der ländlichen Räume weiterentwickelt werden.
Das Papier kann auf www.spdfraktion.de bestellt werden.

SPD fordert ein schlüssiges Gesamtkonzept für ländlichen Tourismus

In ländlichen Räumen ist der Tourismus ein wichtiges Standbein der wirtschaftlichen Entwicklung. Gerade für strukturschwache Regionen birgt er enorme Potenziale. Die SPD-Fraktion will erreichen, dass der Tourismus durch ein schlüssiges Gesamtkonzept gestärkt wird. In ihrem Antrag fordert sie die Bundesregierung auf, endlich ein Konzept vorzulegen, das der wirtschafts-, gesellschafts-, sozialpolitischen sowie ökologischen Dimension im ländlichen Raum gerecht wird. Bereits in diesem Frühjahr hatte die Bundesregierung eine Initiative gestartet, in der sie Best-Practice-Beispiele aus dem ländlichen Tourismus sammelt und analysiert. Diese Initiative reicht aus Sicht der SPD-Fraktion nicht aus.

Mehr dazu gibt es hier:
www.spdfraktion.de/themen/tourismus

Planspiel der SPD-Fraktion: Jugendliche simulieren Politik

Drei Tage war „echte" Politik angesagt: 140 Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren spielten in Berlin das „Planspiel Zukunftsdialog" der SPD-Bundestagsfraktion. Erstmals überhaupt veranstaltete eine Fraktion im Bundestag solch ein Methodenspiel.

In ihren Wahlkreisen konnten die Jugendlichen sich bewerben. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren Schülerinnen und Schüler, Studierende, Azubis, Wehrdienstleistende und Teilnehmer des Bundesfreiwilligendienstes. Direkt nach der Ankunft in Berlin ging es ins Reichstagsgebäude. Dort begrüßte sie die Parlamentarische Geschäftsführerin Petra Ernstberger.

Im Fraktionssaal der Sozialdemokraten versammelten sich die Jugendlichen als Fraktion und wählten ihren Fraktionsvorsitzenden. Schnell wurde ihnen bewusst, wie eigenwillig und kompliziert solche Wahlen in Wirklichkeit sind.

Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier überreicht seinem Alter Ego Miro Kneipp die Sitzungsglocke.

Themen wie in der realen Politik
Nach der Wahl der Stellvertreter verteilten sie sich auf die von ihnen jeweils gewählte Arbeitsgruppe. Das waren: Arbeit und Soziales, Integration, Gleichstellung, Bildung und Forschung, Familie, Senioren, Frauen sowie Wirtschaft und Technologie. Sie konstituierten sich in den „echten" Sälen der Arbeitsgruppen im Paul-Löbe-Haus und wählten ihren Sprecher bzw. die Sprecherin.

Jede AG musste einen Antrag erstellen aus einem Themenbereich, der auch in der realen Politik gegenwärtig diskutiert wird. Auch das ist etwas, das in anderen Planspielen so nicht existiert. Mit der Erarbeitung und Diskussion des Antrags begann auch der zweite Arbeitstag. Am Dienstag schließlich wurden die Anträge der gesamten Planspiel-Fraktion vorgestellt und zur Abstimmung gestellt.

Treffen der Fraktionschefs
Der „wahre" Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier begrüßte die Gruppe und gratulierte seinem Alter Ego Miro Kneipp. Er überreichte ihm die Glocke, mit der eine Fraktionssitzung eingeläutet und gegebenenfalls auch Ruhe erbeten wird. Steinmeier augenzwinkernd: „Ein souveräner Fraktionschef benötigt die Glocke aber im Grunde nicht. Sie hat eher Symbolkraft." Das Planspiel begeistere ihn, und er versprach, die Ergebnisse würden von den „echten" MdBs in ihren Arbeitsgruppen diskutiert .

Am Dienstagmorgen schließlich stellten die JungpolitikerInnen ihre Anträge in den jeweiligen „echten" Arbeitsgruppen vor. Fasziniert hörten die „wahren" Bundestagsabgeordneten ihren jungen NachahmerInnen zu. Manches fand Zustimmung, bei einigen Punkten aber wichen die Meinungen auch ab – ganz wie in der Wirklichkeit.

Diskutieren mit den MdBs

Weitere Fotos des Planspiels gibt es hier: www.spdfraktion.de/flickr.

Die Anträge der Planspiel-Arbeitsgruppen:
AG Bildung: „Bildung muss Bundespolitik sein"
AG Familie: „Verbesserung der Jugendbeteiligung an der Politik"
AG Arbeit & Soziales: „Arbeit gerecht entlohnen – gesetzlichen Mindestlohn schrittweise einführen"
AG Wirtschaft & Technologie: „Fachkräftemangel bekämpfen"
AG Integration: „Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker fördern"
AG Gleichstellung: „Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt"

Und hier gibt es die Anträge im Netz: www.spdfraktion.de/themen/projekt-zukunft

Personalie

Annette Sawade für Nicolette Kressl nachgerückt
Am 1. Juni hat Annette Sawade im Deutschen Bundestag die Nachfolge von Nicolette Kressl angetreten, die neue Regierungspräsidentin in Karlsruhe wird. Die 59-jährige Sawade ist zuständig für den Wahlkreis Schwäbisch Hall-Hohenlohe in Baden-Württemberg.

Termin

Schon mal vormerken oder neudeutsch Save the date:
Im Rahmen des Projekts Zukunft findet am 14. und 15. September 2012 in Berlin der Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion statt. Anmeldungen sind ab Ende Juni möglich unter www.spdfraktion.de.

Veröffentlichungen

Menschen mit Behinderungen haben die gleichen Rechte – für eine inklusive Gesellschaft (in leichter Sprache)
Broschüre, 24 Seiten, erschienen im Mai 2012

Verbraucher auf dem Finanzmarkt stärken – Anlegerinnen und Anleger schützen
Faltblatt, 10 Seiten, erschienen im Juni 2012

Fracking nur unter strengen Auflagen zulassen – Umwelt und Menschen schützen
Faltblatt, 10 Seiten, erschienen im Mai 2012

Mehr Informationen gibt es hier:
www.spdfraktion.de

www.spdfraktion.de/facebook
www.spdfraktion.de/Googleplus
www.spdfraktion.de/twitter

www.spdfraktion.de/youtube
www.spdfraktion.de/flickr

Die nächste Ausgabe von fraktion intern* erscheint am 17. Juli 2012 Informationen gibt es auch unter www.spdfraktion.de

Aus aktuellen politischen Anlässen kann es dazu kommen, dass der Erscheinungstermin der Fraktion Intern verschoben werden muss. Dafür bitten wir um Verständnis.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin
Redaktion: Alexander Linden/Anja Linnekugel
Texte: Eckhard Fischer, Christian Heyer, Stefan Hintermeier, Alexander Linden, Anja Linnekugel, Armin Steinbach, Johanna Tigges
Illustrationen und Fotos: Bildschön (S. 2, 14), S. Voorwinden nach DIHK (S. 7), S. Voorwinden nach OECD (S. 8), dpa/picture-alliance (S. 10), SPD-Bundestagsfraktion (S. 4, 16), photothek.net/Thomas Köhler (S. 3)

Redaktionsanschrift:
SPD-Bundestagsfraktion
- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 530 48 Telefax: 030 / 227-568 00
E-Mail: redaktion@spdfraktion.de
Internet: www.spdfraktion.de
Grafik und Layout: S. Voorwinden
Druck: Braunschweig-Druck
Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:
Telefon: 030 / 227-571 33 Telefax: 030 / 227-568 00
E-mail: oeffentlichkeitsarbeit@ spdfraktion.de oder direkt im Internet